

Einbringung des Haushalts 2017

Ratssitzung

Donnerstag, 22. September 2016

Ansprache des Oberbürgermeisters

Sperrfrist: Beginn der Ratssitzung.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Solingerinnen und Solinger,

wir sind es gewohnt, dass Reden zu Haushaltsberatungen und ähnlichen Anlässen mit Bonmots gewürzt werden, die dem meist unangenehmen Thema die Schärfe nehmen sollen. Die Spannweite reicht vom Goethe-Zitat „Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr.“ bis zu dem Scherzwort: „Gestern standen wir noch am Abgrund. Heute sind wir einen Schritt weiter.“

Haben wir das nicht alle schon viel zu oft gehört?
Am Anfang haben wir noch geschmunzelt, inzwischen sind wir es überdrüssig. Und im Grund betrachtet, ist auch die Einstellung, die hinter diesen Sprüchen steht, problematisch. Die Botschaft ist doch schulterzuckende Schicksalsergebenheit. Der Abgrund liegt längst hinter uns. Na und? Da kann man sowieso nichts machen.

Gleichgültigkeit und Fatalismus, sei es die der Bürgerinnen und Bürger oder die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, erst recht die der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wäre aber eine für das Gemeinwesen gefährliche Haltung. Denn, wie der Soziologe Harald Welzer es formuliert hat: „Die Demokratie ist die einzige Gesellschaftsform, die nur bestehen kann, wenn genügend Menschen für sie eintreten.“ Unser Staat, unsere Kommune, unsere Gesellschaft brauchen auf jeder Stufe engagierte Mitmacherinnen und Mitmacher und die brauchen die Zuversicht, dass ihr Einsatz Sinn macht.

Fatalismus stellt sich zwangsläufig ein, wenn Politiker zu viele Untergangsszenarien aneinander reihen. Die Menschen erwarten von uns zu Recht, dass wir Probleme lösen oder Wege zu ihrer Lösung aufzeigen. Das gilt auch und gerade für die Haushaltspolitik. Ich bin der Überzeugung, dass eine Mehrheit der

Bürgerinnen und Bürger bereit ist, mitzuwirken und auch unpopuläre Entscheidungen mitzutragen, wenn wir darstellen können, dass es gerecht zugeht, d.h. dass Lasten auf alle Schultern nach ihrer Belastbarkeit verteilt werden, und wenn wir darstellen können, dass die Mühe lohnt. Und das lässt sich auch darstellen. Bezogen auf unser heutiges Thema, die Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2017 und das Haushaltssanierungsprogramm 2017, bin ich stolz sagen zu können: Die Anstrengungen der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre haben sich gelohnt. Solingen war erfolgreich!

45 Millionen Euro jährlich – das war das Sparziel, das die Kämmerei zum ersten Bürgerhaushalt „solingen-spart“ im März 2010 errechnet hatte. Und diese Marke, meine Damen und Herren, ist nicht nur erreicht, sie ist überschritten. Zwar noch nicht im Jahr 2013, wie ursprünglich erhofft - da sind ein paar Krisen dazwischen gekommen, die die Stadt aber nicht zu verantworten hatte – aber im laufenden Jahr 2016! Nach dem Stand des zweiten Quartalsberichts der Kämmerei liegt die kumulierte Summe der seit 2012 erfolgreich abgeschlossenen Haushaltssanierungsmaßnahmen jetzt bei 49,6 Millionen Euro.

Da die umgesetzten Maßnahmen immer in die folgenden Haushalte eingerechnet werden, ist die Erfolgsgeschichte dahinter nicht für jeden deutlich erkennbar. Deshalb sei es noch einmal laut gesagt: Wir haben unsere Sparziele weitgehend erreicht. Es ist deshalb keineswegs so, dass jede neue Haushaltsrunde in Solingen den Anstrengungen des mythischen Sisyphus gleicht, der auf ewig denselben Felsblock jeden Tag denselben Berg hochrollen muss. Und in der Nacht rollt er wieder herunter.

In diesem Sinn freue ich mich, dass ich die heutige Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2017 unter ein zuversichtliches Motto stellen kann.

Es lautet – in Abwandlung eines bekannten Zitates - „Und sie bewegt sich doch!“ Sie bewegt sich doch, unsere Klingenstadt Solingen, die nicht nur in der Haushaltskonsolidierung einen erfolgreichen Kurs gefahren hat, sondern die in der jüngsten Vergangenheit eine deutlich andere, positivere Entwicklung genommen hat, als wir es uns zu erwarten angewöhnt hatten.

Seit Februar 2016 zählt Solingen wieder über 162.000 Einwohnerinnen und Einwohner, nach den Berechnungen der Statistiker werden es im Jahr 2025 knapp 166.000 sein. Als die Statistiken bekannt wurden, hat es uns alle – auch die Fachleute der Verwaltung - überrascht, denn wir hatten uns im Zeichen des demografischen Wandels auf die alternde, schrumpfende Stadt eingestellt. Inzwischen kennen wir die Gründe besser: da sind die Zuzüge junger Familien aus den teuren Metropolen des Rheinlandes, da sind nicht zuletzt die bis zu 3.000 Flüchtlinge aus den Krisenregionen des Südens.

Und Solingen profitiert von einer neuen Einstellung der jüngeren Generationen zu Familie und Kind. Die Klingenstadt registrierte schon im Jahr 2015 den stärksten Geburtenanstieg im ganzen Land. Laut statistischem Landesamt kamen bei uns in jenem Jahr fast 1.500 Kinder zur Welt - zehn Prozent mehr als noch 2014. Einen solch starken Anstieg wie in Solingen gab es in keiner anderen Stadt in Nordrhein-Westfalen. Landesweiter Durchschnitt war ein Plus von 3,5 Prozent. Solingen ist die „Baby-Hauptstadt in NRW“, titelte die Rheinische Post Ende Juli. Etwas nüchterner formuliert bleibt festzustellen: Solingen ist als Familienstadt offenbar beliebt.

Auch dieser Befund, meine Damen und Herren, spricht durchaus für den mühsam erkämpften Erfolg der Solinger Haushaltskonsolidierung. Wir haben diese Stadt nicht kaputtgespart – auch durch viel Intervention aus dem Rat heraus!

Solingen mag in Rankings und Statistiken zu den ärmeren Städten gezählt werden, es mag an vielen Stellen kneifen und knapp sein. Aber unsere Stadt ist als Wohn- und Lebensort nach wie vor beliebt. Das heißt: Wir haben mit Augenmaß gespart, allzu viele Drohszenarien verhindert und unserer Stadt Entwicklungsperspektiven für die Zukunft erhalten.

Auf die Schulter klopfen können wir uns nun allerdings nicht. Die erfreuliche Entwicklung fordert uns heraus und verpflichtet uns, unseren Haushaltskonsolidierungskurs weiter zu überprüfen und anzupassen. Wer die Vorstellung hatte, unsere Stadt könnte sich gesundschrumpfen, muss umdenken. Wir werden in Zukunft keine Schulgebäude aufgeben, sondern neue Schulen bauen!

Bei den Kindertagesstätten sind diese Entscheidungen schon gefallen: 53 zusätzliche Gruppen in elf neuen Einrichtungen werden und wollen wir bis zum Jahr 2025 schaffen, weil wir unsere fortschrittliche Betreuungsquote halten wollen. Junge Familien sind in Solingen willkommen. Das ist auch eine schöne Botschaft für das künftige Stadtmarketing. Dabei geht die Stadtverwaltung mit einer eigenen Betriebs-Kita voran.

Und zwar nicht nur wegen der Willkommenskultur! Auch ganz nüchtern und merkantil gedacht ist jeder Neubürger und jede Neubürgerin wertvoll, da die Einwohnerzahl eine wichtige Kennzahl bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes ist. Tausend Neubürger entsprächen Mehreinnahmen von bis zu 800.000 Euro jährlich, fünftausend neue Bürgerinnen und Bürger brächten uns 3,5 bis 4 Millionen Euro. Welche HSP-Maßnahme müssten wir uns wieder ausdenken, um eine solche Summe zu sparen?

Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass diese Menschen natürlich auch in Solingen ihren Lebensbedarf stillen und konsumieren. Was für eine Perspektive; z.B. für unsere Innenstädte?

Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass jeder dieser Menschen mit seinen Ideen und Fähigkeiten auch eine Chance und Bereicherung für Solingen darstellt: Es werden Menschen darunter sein, die sich für unser Gemeinwesen einbringen, es werden Menschen darunter sein, die Unternehmen gründen und Arbeit schaffen. Aber die Rahmenbedingungen müssen natürlich stimmen. Damit sind wir wieder bei unserer kommunalen Aufgabe.

Denn dass Solingen wächst, ist nicht nur eine empirische Tatsache. Es lässt sich aus ihr auch ein Ziel für die Stadtpolitik ableiten: Solingen will noch weiter wachsen! Nachhaltiges Wachstum wird weiter Wohlstand schaffen und uns über steigende Einnahmen in die Lage versetzen, auch die Konsolidierungsziele zu erreichen, die da noch kommen werden. Aber um die Voraussetzungen für Wachstum zu erhalten, sind wir mehr denn je gefordert, intelligente Haushaltskonsolidierungspolitik zu beschließen. Keine, die nach dem Vorbild der vielbeschworenen schwäbischen Hausfrau spart um des Sparens willens und damit die Zukunft verspielt. Das ist kurzsichtig gedachtes Sparen. Sondern eine Konsolidierungspolitik, die um der Zukunft willen bereit ist, wieder zu investieren. Und das heißt auch, wieder Kredite aufzunehmen und Schulden zu machen. Aber dieses Mal um Werte zu schaffen, auch in unserer Bilanz.

Kurzsichtiges Sparen – das wäre weiterhin Verzicht auf notwendige Investitionen in die Infrastruktur unserer Schulen, Bildungseinrichtungen und Verwaltungsgebäude. Hier hat sich bereits ein Sanierungsstau von rund 60 Millionen Euro angesammelt, der sich mehr denn je zum Mühlstein am Hals der Stadt entwickelt. Die immer wieder neuen Meldungen von Schimmelbefall in

Schulgebäuden und Legionellen in der Schulduche sind doch symptomatisch für den Zustand einer Vielzahl unserer Immobilien.

In Schulen, städtische Immobilien, in die Straßen in der Vergangenheit nur noch das Notwendigste investiert zu haben, hat vielleicht vorübergehend Ausgaben erspart, es hat in Wirklichkeit aber öffentliche Werte vernichtet. Wer sich an den Zustand der Städte in der untergegangenen DDR erinnern kann, weiß, wozu Investitionsverweigerung in letzter Konsequenz führt.

Mit diesem Haushalt ist deshalb – in Fortsetzung der Politik seit meinem Amtsantritt - ein Paradigmenwechsel verbunden, der sich bereits mit dem laufenden Haushalt angekündigt hatte, den wir jetzt aber mit Hilfe des Landes konsequent weiter beschreiten wollen: Er heißt „Investieren um zu sparen“. Mit diesem Haushalt schlage ich Ihnen vor, 2017 bis zu 21 Millionen Euro zu investieren, schwerpunktmäßig in Schulen und Kindergärten, denn Bildungsförderung hat für den Verwaltungsvorstand die höchste Priorität – aber auch für den Bau einer Feuerwache und städtische Infrastruktur, sofern das Land uns dazu ermächtigt.

Grundsätzlich ist die Stadt nämlich an eine Kreditbremse gebunden, die uns höchstens erlauben würde, 8,1 Millionen Euro Kredite aufzunehmen. Das würde aber nicht reichen, die notwendigen neuen Werte zu schaffen, bzw. die bestehenden Werte zu erhalten. Ich bin aber zuversichtlich, dass das Land unsere Argumente verstehen und die Stadt unterstützen wird, da es ja bereits im laufenden Jahr einer Sonderkreditermächtigung für den Neubau des Hallenbades Vogelsang und den ersten Teil des Schulneubauprogramms zugestimmt hat.

Dass Haushaltskonsolidierung nicht nur durch Sparen gelingt, sondern auch durch gezielte Investitionen an der richtigen Stelle, lässt sich an anderer Stelle

belegen – beim kommunalen Jobcenter. Auch wenn es durch den sogenannten hier „Rechtskreiswechsel“ große Risiken gibt.

Das Jobcenter hat aber beachtliche Erfolge bei der Vermittlung von Menschen in Arbeit geleistet, die nicht nur diesen Menschen geholfen haben, sondern die sich auch positiv auf den städtischen Haushalt ausgewirkt haben. Wenn man die geflüchteten Menschen herausrechnet, hat es das kommunale Jobcenter im vergangenen Jahr geschafft, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zu reduzieren. Dies spiegelt sich unmittelbar im Haushalt wieder. Nach dem aktuellen Controllingbericht wird sich das Rechnungsergebnis deshalb um ca. eine Million Euro verbessern.

Gerade bei der Förderung der sogenannten „Langzeitleistungsbezieher“ ist unser Jobcenter top im Vergleich zu vielen anderen Jobcentern im Land. Wesentlicher Grund ist die besonders erfolgreiche Umsetzung des aus dem Europäischen Sozialfonds geförderten Projektes FlaiS, was für „Förderung Langzeitarbeitsloser in Solingen“ steht. Und der Erfolg ist nachhaltig: Die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sehen Solingen bei der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt mit knapp 53 % auf einem Spitzenplatz in NRW.

Dass die Haushaltssituation wieder entspannter ist und wir am Jahresende von einem strukturellen Defizit von 31 Millionen Euro ausgehen können - anstelle der befürchteten 58 Millionen - liegt natürlich nicht nur am Konsolidierungskurs der Stadt. Die Einnahmensituation hat sich nach dem Konjunkturinbruch von 2014 erfreulich entwickelt, insbesondere die Gewerbesteuererinnahmen – dort nähern wir uns wieder den Spitzenwerten der Jahre 12 und 13, ähnlich positiv haben sich die kommunalen Anteile an den Bundessteuern entwickelt.

Das Finanzmanagement hat bei seinen Planungen für das Jahr 2017 weitere Steigerungsraten von 2,6 Prozent bei den Gewerbesteuern und 1,8 Prozent bei den übrigen Steuern angesetzt. Wenn Sie sich aber die erwarteten Steigerungsraten bei den Sozialtransfers ansehen, z.B. bei den Fallgruppen des SGB XII, darunter fallen z.B. die Hilfe zur Pflege und die Jugendhilfe, sehen sie hier eine Steigerungsrate von zwei Prozent.

Das ist ein Hinweis darauf, dass fiskalische Verbesserungen durch tatsächliche Entwicklungen sehr schnell wieder aufgeessen werden können. Auch für die Umlage der Stadt an den Landschaftsverband Rheinland ist eine 1,7 Prozent-Steigerung eingerechnet. Die Umlage liegt dann bei 40,9 Millionen Euro. Hier bitte ich die Solinger Abgeordneten in der Landschaftsversammlung um Wachsamkeit und Unterstützung: Warum sollte nicht auch dort einmal gespart werden? Protestieren Sie als Solinger LVR-Delegierte auch grade in der großen Koalition in Köln für unser Solingen!

Auch wenn – wie dargestellt - das verstärkte Investieren in Bildung und Infrastruktur ein Schwerpunkt unseren neuen „Intelligenten Sparens“ ist, lässt sich nicht verschweigen, dass das eigentliche Sparen auch immer noch dazu gehört. Hier werden nicht zuletzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt sehr stark in die Pflicht genommen.

Rund 1,7 Millionen Euro Verbesserung soll der Personalhaushalt zum Haushalts-sanierungsplan beitragen, einen kostensenkenden Effekt von weiteren rund 685.000 Euro erwarten wir von der konsequenten Digitalisierung der Verwaltung, mit einem neudeutschen Wort, vom E-Government. Bisher hat der Computer in vielen Bereichen allenfalls die Schreibmaschine ersetzt, die Arbeitsprozesse aber nicht erreicht. Das soll und muss anders werden. Eine ganze, mehrere Generationen währende, Verwaltungskultur umzubauen, wird

Mehraufwand hervorrufen und selbstverständlich auch Ängste erzeugen. Ich bitte deshalb die Mitarbeiterschaft um Verständnis, aber auch um ihre gestaltende Mitwirkung. Den Zug der Zeit können wir alle nicht aufhalten, wir sollten deshalb vorne auf der E-Government-Lok sitzen und nicht im Bremserhäuschen. Ich verspreche aber, dass der Vorstand für Sorgen und Nöte ein offenes Ohr haben wird.

Zu den unschönen Fakten des aktuellen Haushaltssanierungsplanes gehört auch, dass nach wie vor die seit längerem von fast allen Fraktionen beschlossene Grundsteuererhöhung von 100 Punkten zum Haushaltsjahr 2018 vorgesehen ist. Wie die Stadt diese Einnahme von 5,5 Millionen Euro an anderer Stelle kompensieren könnte, dazu ist bis jetzt noch keine Alternative in Sicht. Allerdings schaffen wir es, ohne weitere dynamische Steuererhöhungen auszukommen; dabei soll es bleiben. Insbesondere die Gewerbesteuer darf wegen ihrer hohen psychologischen Bedeutung nicht herangezogen werden.

Sehr froh bin ich zwar, dass die vom Bund zugesagte Entlastung der finanzschwachen Kommunen in Höhe von fünf Milliarden Euro jetzt fließt – auch wenn die praktische Abwicklung fragwürdig ist, wie Kämmerer Ralf Weeke gleich darstellen wird. Aber sie erlaubt uns, die bisher schon aus Sicherheitsgründen eingeplante und vom Rat beschlossene Grundsteuererhöhung um 71 Punkte zu streichen

Es gäbe noch viele dringende und ehrgeizige Themen der Stadtpolitik, die ich hier erläutern könnte, aber auch Zeitgründen möchte ich nur sie anreißen:

Wir müssen dringend bezahlbaren Wohnraum schaffen, für Neuzuwanderer wie für Menschen, die schon länger hier leben, aber ohne Zersiedelung der Landschaft. Wir steigen mit einem Investitions- und Förderprogramm für preiswertes

Wohnen mit 15 Millionen Euro ein und unsere Sparkasse verdoppelt den Betrag sogar noch.

Wir wollen die Stadtquartiere weiter stärken. In den vergangenen Jahren sind viele Millionen Euro zu Recht in Mitte und Ohligs investiert worden, unser Touristenmagnet Burg wird samt dem Schloss in den nächsten Jahren runderneuert. Als nächstes wären auch die Stadtteile Wald und Aufderhöhe an der Reihe. Ich kündige schon jetzt an, dass wir einen neuen Flächennutzungsplan auflegen werden, aber in einer deutlich veränderten Methodik.

Das Thema „Sicherheit“ treibt die Deutschen um, auch die Solingerinnen und Solinger. Auch wenn die Kriminalitätsrate eine andere Sprache spricht, und Solingen immer noch zu den sichersten Städten der Republik zählt, müssen wir Kommunen die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Es wird von der Stadt erwartet, dass sie sichtbarer für die Einhaltung der öffentlichen Ordnung und Sauberkeit sorgt. Wenn wir hier für mehr Präsenz sorgen wollen, werden wir um Investitionen in weiteres Personal und in Prävention nicht herumkommen.

Die „Integration“ der vielgestaltigen Solinger Bevölkerung und insbesondere der neu dazu gestoßenen Flüchtlinge bleibt ganz oben auf der politischen Agenda und auf dem Arbeitsprogramm der Verwaltung. Hier Geld sparen zu wollen, wäre fatal – geht es doch um den Zusammenhalt und den Frieden der Stadtgesellschaft. Gott sei Dank ist die Stadtverwaltung bei diesem Thema nicht allein. Auch nach einem Jahr ist der Schulterschluss von Ehrenamtlern aus Verbänden, Vereinen und Initiativen mit Politik und Verwaltung eng und beeindruckend. Die Frage „Schaffen wir das?“ kann ich deshalb schon nicht mehr hören. Wir schaffen das in Solingen – so wie in kaum einer anderen Großstadt, die ich kenne – schon seit einem Jahr und wir werden darin auch nicht müde werden.

Aber – und damit beginnt mein Appell – wir brauchen noch mehr Unterstützung, insbesondere durch den Bund. Dabei geht es aber nicht vorrangig darum, dass der Bund hier nach langem Feilschen mal ein paar Milliarden herausrückt - für die Eingliederungshilfe für Behinderungen hier und dort mal ein paar Milliarden für die Übernahme von Flüchtlingslasten. Das ist Herumdoktern an den Problemen.

Bund und Länder stehen in der Pflicht, die finanzielle Lage der Kommunen grundlegend und auf Dauer zu verändern. Wir brauchen ein anderes Finanzierungssystem der Kommunen, das die folgenden Problemlagen nachhaltig löst:

- Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben
- Förderung strukturschwacher Regionen
- Sicherung der kommunalen Investitionskraft
- Lösung des Altschuldenproblem

Alle Einzelfallentscheidungen, die diese Strukturprobleme nicht lösen, sind keine wirklichen Lösungen.

Und mein Appell geht auch an den Bundesfinanzminister: Verzichten Sie nicht auf noch weitere Steuereinnahmen, die dann den Ländern und Städten im Wege des Steuerverbundes auch nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Sanierungsstau allein des öffentlichen Straßensystems hat in ganz Deutschland schon beängstigende Dimensionen angenommen.

Eine allein an den vermeintlichen Interessen der sogenannten „Wirtschaft“ orientierte Steuerpolitik hat seit 1999 schon dazu geführt, dass der deutsche Staat heute im Verhältnis zum Jahr 1999 auf Einnahmen von 71 Milliarden Euro verzichtet. Jährlich. Das hat die Friedrich-Ebert-Stiftung schon vor drei Jahren

nachrechnen lassen. An diesen Steuer- und Sozialreformen, die letzten Ende die Kommunen und damit auch die Städtebewohner teuer zu stehen kamen, waren übrigens Bundesregierungen aller Farben beteiligt.

Ganz aktuell geht es z.B. darum, dass die Bundesregierung die Ende 2016 auslaufende Brennelementesteuer nicht verlängern will. Das wäre eine Subvention der Stromkonzerne, die den Staat bis zu 5,8 Milliarden Euro kostet. Angesichts der Riesenaufgaben, die Deutschland zu schultern hat, von der Flüchtlingsintegration bis zum Wohnungsbau, ist diese Entscheidung vollkommen unverständlich.

Morgen reise ich mit dem Kämmerer Ralf Weeke und den Vertreterinnen und Vertretern von 68 weiteren deutschen Städten aus acht Bundesländern nach Berlin, um der Debatte über die bedrohte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den deutschen Städten beizuwohnen. Die Länder Nordrhein-Westfalen und Bremen haben diese Debatte beantragt. Im Anschluss findet im Haus des Deutschen Städtetages in Berlin eine Kommunalkonferenz statt, bei der auch darüber zu reden sein wird. Über das Ergebnis werden wir Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen und der Solinger Bevölkerung Bericht erstatten.

Im Interesse der Städte und der Menschen, die in unseren Städten leben, würde ich mir wünschen, dass die Politik die Kraft findet, über Partei- und Landesgrenzen hinweg zu denken und echte Kompromisse zu finden, die der Zukunft unseres Landes und unserer Stadt dienen. Denn es geht nicht um ein paar arme Städte, es geht um nicht weniger als die Zukunft unseres Landes. Die Risse im sozialen Fundament der Bundesrepublik vertiefen sich und lassen sich an den aktuellen Wahlergebnissen ablesen.

Demokratie braucht den Kompromiss, deswegen freue ich mich auf die

engagierte Diskussion mit den Fraktionen. Konstruktive Kritik bedeutet allerdings konkrete eigene Vorschläge zu machen und nicht nur allgemein etwas als schlecht zu bezeichnen, oder nur grundsätzlich gegen etwas zu sein.

Zum Abschluss danke ich meiner Kollegin Dagmar Becker und den Kollegen aus dem Verwaltungsvorstand für manche engagierte Diskussion und dafür, dass sie sich gemeinsam mit mir auf den Weg gemacht haben. Ein besonderer Dank gilt dem Stadtkämmerer Ralf Weeke und seinem Team, das diesen Haushalt mit großem Fleiß und Eifer vorbereitet hat. In diesen vielen Seiten stecken Arbeit und Mühe. Das darf auch nicht vergessen werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort an den Kämmerer der Stadt Solingen, meinen Kollegen Ralf Weeke.